

Vossische



Zeitung

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereint. Täglich: „Unterhaltungsblatt“, „Finanz- und Handelsblatt“ — Sonntag: Die illustrierte Beilage „Zeitbilder“ und „Literarische Umschau“ — Mittwoch: „Leise und Wanderung“ — Donnerstag: „Recht und Leben“.

Wöchentlich 1 Mark monatlich 4.30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Anfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigengruppe mit Zeile 35 Pfennig. Familien Anzeigen mit Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.

Verlag D. Voss & Co., Verantwortlich für den Gesamtbild (außer dem Handeltitel): Dr. Carl Misch, Berlin. Für Rücksendung unverl. Manuskripte ist Porto beizulegen.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ulstein: Amt Dönhofs (A 7) 3600—3665, für den Fernverkehr Amt Dönhofs 3646—3696. Telegr.-Adresse: Ulsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 660.

Metallstreif abgebrochen

Arbeitsaufnahme zu den alten Bedingungen Neue Verhandlungen vor einer Schlichtungsstelle

Die Verhandlungen des Zehner-Ausschusses zur Regelung des Streiks in der Berliner Metallindustrie beendeten gestern abend gegen 7 Uhr unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers Egerwald, der von Ministerialdirektor Dr. Wexes unterstützt wurde. Die Verhandlungen verliefen zum Teil in sehr heftigen Worten, in die immer wieder der Reichsarbeitsminister vermittelnd eingegriffen mußte. Schließlich gelang es, in späteren Nachtstunden zu einer Vereinbarung zu kommen, in der sich die Gewerkschaften verpflichteten, den Streik abzubrechen.

Die Vereinbarung, die von den Vertretern des Deutschen Metallarbeiterverbandes, von den Vertretern des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes und von den Vertretern der Industriellen geschlossen ist, hat folgenden Wortlaut:

Weder die Zusammenführung der kommenden Schlichtungsstelle in der getragenen Verhandlungen bereits ausführlich getroffen worden. Als Unparteiischer ist der frühere Reichsarbeitsminister Wexes ausgerufen, der dem Streik der christlichen Gewerkschaften entsammt. Der eine Beißiger wird von den Metallarbeitern, der andere von den Unternehmern gestellt.

Vom Metallarbeiterverband wird uns mitgeteilt: Mittwoch früh haben sich die Betriebsräte der einzelnen Firmen mit ihren Direktoren über die Wiederaufnahme der Arbeit in Verbindung zu setzen. Für 1 Uhr mittags beruft der Metallarbeiterverband die Obleute aus den Betrieben und die Streikleitung zu einer großen Sitzung zusammen, in der Bericht über die Verhandlungen erstattet wird.

Kündigung der Angestellten?

Wie uns der Gewerkschaftsband der Angestellten mitteilt, hat der Verband Berliner Metall-Industrieller am 26. Oktober an seine Mitgliedsfirmen ein Schreiben verandt, in dem die aufgetragene Besetzung, vom 31. Oktober ab eine Kündigung aller Angestellten mit Wirkung vom 31. März 1931 vorzunehmen. Es sollen dann niedrigerer Schichten vereinbart werden. In der Einleitung des Schreibens wird die Sozialdemokratie, der die Einleitung des Streiks geschuldet wird, bemerkt, daß der V. B. M. Z. am 29. Februar 1931 den seit langem bestehenden Tarifvertrag kündigen wird und ab 1. April 1931 mit niedrigeren Tariflöhnen rechnet.

Reparationskampf im Ausschub

Curtius und Dietrich werden sprechen

Das Reichskabinett hat gestern die Beratungen über das große, aus etwa 30 Gegenständen bestehende Finanzprogramm unterbrochen, weil zunächst die Stellungnahme der Reichsregierung für die heutige Sitzung des Reichstagsausschusses für auswärtige Angelegenheiten vorbereitet werden mußte.

Eine Sitzung des Reichstagsausschusses für auswärtige Angelegenheiten ist veranlaßt worden durch die Vorzüge der radikalen Parteien gegen die Politik des Außenministers Dr. Curtius, und besondere Bedeutung nimmt ihr dadurch zu, daß auch einzelne dem Kabinett nahestehende Parteien sich dieser Aktion angeschlossen haben. Es gehen auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung die schon am 26. Juli vorigen Monats beginnt, fünf Minuten: erstens ein Antrag der Kommunisten, die Reparationszahlungen auf Grund des Young-Plans einzustellen, zweitens ein Antrag der Radikalfraktion, die Höhe und Restitutionsmöglichkeiten des Young-Plans auszuweiten, drittens ein Antrag der Christlich-Sozialen und der Sozialdemokraten ein Verbot der Reparationszahlungen über eine Revision des Young-Plans, viertens ein Antrag der Nationalsozialisten, den Berliner Vertrag und die Restitutionszahlungen aufzuheben, und fünftens ein Antrag der Reichsfraktion, halbwegs den Zahlungsaufschub für die Reparationsverpflichtungen zu erklären.

Die Reichsregierung wird bei ihrer Stellungnahme zu diesen Anträgen die gleiche Linie verfolgen, die der Reichstagler in seiner letzten Reichstagsrede anfangs, d. h. die Auffassung, daß die Forderungen der weltwirtschaftlichen Krise und der deutschen Reparationsnotlage zu einer Neuauflage der deutschen Reparationsverpflichtungen an die tatsächliche Zahlungsfähigkeit führen müsse. Die Ausschüsse für das Kabinett werden der Außenminister Dr. Curtius und der Reichsfinanzminister Dietrich als unabhängiger Minister für die Reparationsfragen erteilen. Die Verhandlungen des Reichstagsausschusses für auswärtige Angelegenheiten sind nach der Befragung vertraulich, und daher besteht nicht die Möglichkeit, daß aus agitatorischen Gründen unnötige Erregung in die Öffentlichkeit des In- und Auslandes getragen wird.

Trotzdem sind in der heutigen Sitzung Überlegungen nicht ausgeschlossen, weil die Mehrheitsverhältnisse in den Ausschüssen seit der Reichstagswahl sehr eigenartig liegen. Der Ausschub für auswärtige Angelegenheiten besteht aus 28 Mitgliedern. Davon fällt sieben die Sozialdemokratie, drei das Zentrum und je einen die Deutsche Volkspartei, die Christlich-Sozialen, die Bayerische Volkspartei und die Christlich-Sozialen Konfessionen. Sechs Mitglieder stellen die Nationalsozialisten, vier die Kommunisten, zwei die Deutschnationalen und zwei das Landvolk. Die Parteien, die in der letzten Reichstagswahl das Kabinett stützten, verfügen trotz der großen Mehrheit, die das Kabinett in der Vorberatung erzielten konnte, im Vorausgerichteten Ausschub nur über genau die Hälfte der Stimmen. Aus Anlaß der gegen die Reparationspolitik gerichteten Angriffe konnte sich das für die Reichsregierung ohnehin unangünstige Stimmenverhältnis dadurch verschärfen, daß auch die Christlich-Sozialen und die Christlich-Sozialen Konfessionen, die Angriffe auf Revision der Reparationsverträge, wenn auch in etwas abgemildertem Grade, gestellt haben, gegen die Regierung stimmen. Allerdings haben die Ausschüsse lediglich der Vorberatung des Reichstages Vor schläge zu machen, oder nicht selbständig Beschlüsse zu fassen.

Bulgariens Königspaar hat kühnliche Ueberfahrt

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

Sofia, 28. Oktober

In Sofia herrscht große Aufregung. Das Königspaar, dessen Einzug in Sofia am Donnerstag stattfinden sollte, scheint auf der Ueberfahrt von Jastara her in einem Booten zu sein. Der derzeitige Standort des Schiffes läßt sich nicht feststellen. Die Besatzung ist also ganz ungewiß; eine peinliche Situation für die Behörden, die den Empfang vorbereiten sollen.

Wird Berlin Zehn-Millionenstadt?

Von
Ernst Rahm

Aus guter Kenntnis der Statistik erlaube ich mir folgende Berechnung: Aus der bevölkerungsmäßigsten Zukunft unserer Stadt und unterer Bundes. Gesehen werden seine Vorlesungen über den, wenn auch nicht auf ungetreue Bahnmann, so doch auf ungetreue Interesse rechnen dürfen.

Der Mensch von heute verbindet mit der Weltstadt den Begriff des unaufhörlichen Wachstums. In dieser Beziehung unterscheidet sich der so pessimistisch gemorene Zeitschrift faun von dem optimistischen Zukunftsbild. Die Bevölkerung der Stadt ist auch dem Berliner der 4-Millionen-Standart noch heute lediglich eine Klappe. Und was der private Bürger fühlt, dem gibt die Behörde Ausdruck in Theorie und Praxis. In der Theorie durch die Annahme auch amtlicher Stellen, wonach im Jahre 1935 die Reichshauptstadt 10 Millionen Einwohner zählen wird — in der Praxis durch die entlegene Grundflächen- und Vertriebspolitik der letzten Jahre.

Daß Berlin seit Jahren aufgehört hat, aus sich selbst herauszuwachsen, ist bekannt. Es haben im Durchschnitt der letzten vier Jahre (1926/1929) 3653 Menschen mehr als geboren wurden, trotz einer besonders niedrigen Sterblichkeit. Die Bevölkerungszahl bei der Auslast trägt nicht die besonders geringe Geburtenzahl. Berlin ist auch in dieser Beziehung ein Unikum. Solange Bevölkerungsstatistik betrieben wird, kennt man kein Jahr irgendeine bedeutendes Gebiet einen so geringen Riberaugewinn, nämlich auf Einwohner pro alljährlich nur 10 Geburten; noch vor dreißig Jahren waren es 27.

Schon der Rate wird aus jenem anhaltenden Sterbefehl durch den Schluß geschlossen, daß die Bevölkerung langsam abnehmen muß, wenn nicht ein Zufall aus außer der die Klaffen fällt. Wahrscheinlich das in diesem Maße geschehen. Das stand 28. in den Jahren 1926—1929 dem Sterbefehl durch 23.330 Menschen ein zusätzlich 10 großer Einwanderungsgewinn von 275.888 gegenüber.

Für den Fachmann aber wird der Rückgang der Berliner Bevölkerung ohne Zuwanderung nicht etwa sehr langsam, sondern immer schneller vor sich gehen. Mit fast mathematischer Sicherheit wird die so geringe Sterblichkeit der Berliner Bevölkerung sich verschlechtern, und mit einem hohen Grad von Wahrscheinlichkeit ist mit einer weiteren sehr empfindlichen Senkung jener heute nicht die bestmögliche niedrigen Geburtenziffer zu rechnen. Jenes Jahresdefizit von etwa 6000 Menschen müßte dann in absehbarer Zeit auf 20.000, 30.000, 40.000 und darüber steigen.

Der Grund liegt in dem anormalen Miberaufbau des deutschen Volkes im allgemeinen und der Berliner im speziellen: Zur Zeit sind wenig Menschen im hohen Alter und viele bedröhrt und ungewöhnlich viel Menschen in jüngeren und mittleren Jahren, in den Jahren vor allem von 20—30, also im Peitschaftalter, während im allgemeinen die Altersabstufung recht richtig besteht sind. Das aber bedeutet für eine nicht mehr ferne Zukunft ein Anwachsen der Verfallenen Zahl. Heute drängen sich die in den letzten Jahrzehnten fortgesetzt in dem Ständesämlern — Jahrgänge mit doppelt und mehr Geburten als heute. Das mag noch etwa ein Dutzend dauern. Dann wird die Ehefaller ziemlich plötzlich kleiner, denn es fehlt an Peitschaftandidaten. Heute haben wir trotz wirtschaftlich hohen Falls fast 10 Eheschließungen auf 1000 Berliner; es dürfte nicht überleben, wenn die Ziffer auf die Hälfte zurückfallen. Abnahme der Eheschließungen bedeutet unter sonst gleichen Umständen eine Abnahme der Geburten. Wenn beispielsweise im letzten Jahrzehnt in Berlin etwa 425.000 Eheschließungen und 471.000 Geburten erfolgten, so muß man annehmen, daß ohne Zuwanderung ein künftiges Jahrzehnt — wir denken an 1940/1949 — in dem etwa nur 250.000 Eheschließungen zu erwarten wären, nur etwa 300.000 Kinder zu registrieren haben wird — vorausgesetzt, daß die Stellung der Bevölkerung zum Ende sich nicht ändert.

Diese Einstellung des Berliner der Stadtratszeit hat längst das berühmte Zweifelhafte über Bord geworfen und schon mit wachen Ein- und Feindindiensten:

Wenn wir eben für das Jahr 1929/30 in den 471.000 Geburten die 425.000 Eheschließungen gegenüberstellen, so heißt das zwar ein Ueberschuss von 46.000 Kindern (1:1,18). Aber hier sind verlorene Abzüge zu machen. Zunächst sind 80.000 und die Geburten; diese bringen den Riberaugewinn der Geburten unter 1. Dann aber ist zu berücksichtigen, daß in unsern schmelen Zeit die Dinge sich förmlich überziehen. Jenes Jahrzehnt stellt durch